



Kurz vor Beginn der Internationalen Filmfestspiele von Cannes rückt ein politischer Vorstoß die Schattenseiten des Glamours ins Rampenlicht. Der Bürgermeister der Stadt, David Lisnard, fordert eine gezielte Anti-Drogen-Operation während des Festivals vom 12. bis 23. Mai 2026. Was als lokale Sicherheitsinitiative erscheint, ist zugleich ein Signal mit nationaler Tragweite.

Mit rund 200.000 erwarteten Besuchern zählt das Festival zu den größten kulturellen Großereignissen Europas. Für Lisnard liegt gerade darin die Chance: Die ohnehin verstärkten Polizeikräfte sollen nicht nur für Ordnung und reibungslose Abläufe sorgen, sondern auch demonstrativ gegen Drogenhandel und -konsum vorgehen – und zwar in allen Teilen der Stadt, einschließlich der symbolträchtigen Croisette. Der Bürgermeister argumentiert, der Kampf gegen Drogen dürfe weder saisonal noch sozial selektiv geführt werden.

Diese Argumentation zielt auf einen zentralen Kritikpunkt der französischen Sicherheitspolitik: den Vorwurf, dass repressives Vorgehen häufig auf sozial schwächere Viertel konzentriert bleibt. Indem Lisnard explizit auch das Umfeld internationaler Festivalgäste einbezieht, stellt er die Gleichbehandlung vor dem Gesetz in den Vordergrund – zumindest rhetorisch. Gleichzeitig bemüht er sich, den Eindruck zu vermeiden, prominente Besucher unter Generalverdacht zu stellen.

Die Reaktionen der staatlichen Vertreter fallen zurückhaltend aus. Der Präfekt der Alpes-Maritimes, Laurent Hottiaux, sowie der Staatsanwalt von Grasse, Éric Camous, betonen, dass Kontrollen gegen Betäubungsmittel bereits unabhängig vom Festival durchgeführt würden. Hinter dieser nüchternen Replik verbirgt sich ein klassischer Kompetenzkonflikt zwischen kommunaler Initiative und staatlicher Sicherheitsstrategie.

Der politische Kontext verleiht dem Vorstoß zusätzliche Brisanz. Lisnard hat sich jüngst aus der Partei Les Républicains gelöst und positioniert sich als möglicher Kandidat für die Präsidentschaftswahl 2027. Seine Forderung lässt sich daher auch als Versuch interpretieren, sich als Vertreter einer konsequenten Ordnungspolitik zu profilieren – ein Thema, das im französischen politischen Diskurs seit Jahren an Bedeutung gewinnt.

Cannes wird damit zur Projektionsfläche eines grundsätzlichen Spannungsverhältnisses: Auf der einen Seite das Bild einer offenen, glamourösen Kulturveranstaltung mit globaler Strahlkraft, auf der anderen Seite der Anspruch des Staates, Sicherheit und Rechtsdurchsetzung sichtbar zu gewährleisten. Ob die Drogenoffensive tatsächlich umgesetzt wird, ist offen. Sicher ist jedoch, dass Lisnard eine Debatte angestoßen hat, die weit über die Côte d'Azur hinausweist.



Cannes: Drogenoffensive auf dem roten Teppich

Andreas M. Brucker